



Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

b-now und SPD

Neu-Anspach den 12.08.2020

An den

Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Neu-Anspach

Rathaus

61267 Neu-Anspach

Sehr geehrter Herr Bellino,

wir bitten folgenden Antrag der oben aufgeführten Fraktionen auf die Tagesordnung der nächstmöglichen Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der neue Streetworker respektive der zuständige Fachbereich der Stadtverwaltung wird mit der Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Jugendpflege, unter teilweiser Einbeziehung der bestehenden Räumlichkeiten beauftragt. Der VzF kann hierzu eigene konzeptionelle Vorschläge / Angebote einbringen.
2. Der aktuelle Vertrag der Stadt mit dem VzF über das Jugendhaus (gesamtes Gebäude) wird zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Bei einem konzeptionell attraktiven Angebot gem. 1. kann ein neuer Vertrag mit dem VzF in reduziertem Umfang abgeschlossen werden.
3. Das bisherige Jugendhaus-Gebäude wird in seiner Gesamtheit zu einem „Haus der sozialen Träger“ weiterentwickelt (z.B. unter Einbeziehung von Tafel, Caritas-Laden, Café Hartel, Suchtberatung und weiterer sozialer Einrichtungen).
4. Die Umsiedlung der sozialen Einrichtungen der Bahnhofstrasse 27 in das bisherige Jugendhaus wird unter Einbeziehung der aktuellen Mieter geprüft.

Begründung:

Das bisherige Jugendhaus in Trägerschaft des VzF mit insgesamt zwei Jugendpflegern kostet die Stadt Neu-Anspach im Jahr ca. 200.000 Euro. Demgegenüber ist eine relativ geringe Nutzung des Hauses durch die Zielgruppe festzustellen. Dies wird auch aus den zwei Erhebungen, die der VzF zur Nutzung des Jugendhauses gemacht hat, deutlich. Außerdem existieren in der Stadt noch drei weitere selbstverwaltete Jugendzentren, die im Gegensatz zum Jugendhaus nur geringfügige Kosten im

niedrigen vierstelligen Bereich verursachen. Den Jugendlichen soll auch in der „Neuen Mitte“ zukünftig die Möglichkeit gegeben werden, sich im bisherigen Jugendhaus-Gebäude unter städtischer Trägerschaft zu treffen. Im Zuge des zu entwickelnden zukunftsweisenden Ansatzes für die Jugendarbeit sollen, durch die Integration weiterer sozialer Einrichtungen in das Gebäude, an einem zentral in der Stadt gelegenen Ort Anreize für die Jugendlichen geschaffen werden, vermehrt Eigeninitiative zu ergreifen und sozialer Verantwortung zu entwickeln.

Der zukünftige Streetworker soll eng in die Konzeptentwicklung eingebunden werden, damit sichergestellt ist, dass den Bedürfnissen der Jugend auch in der Neukonzeption eine gewichtige Bedeutung zukommt.

Außerdem hat der Haupt- und Finanzausschuss im Zuge der letzten Haushaltsberatungen beschlossen, für die in der Bahnhofsstraße 27 ansässigen sozialen Einrichtungen eine neue Unterkunft zu finden. Im Anschluss soll das Gebäude vermarktet werden. Durch die Ansiedlung eines Teils dieser besagten sozialen Vereine im Jugendhaus kann so zum einen dieses haushaltspolitische Ziel des HFA verwirklicht werden; zum anderen mag die Zusammenführung dieser Träger mit Trägern der Jugendarbeit dazu führen, dass das soziale Bewusstsein der jungen Menschen zusätzlich gestärkt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Töpperwien
b-now

Dr. Jürgen Göbel
SPD